

Berliner Tageblatt



und Handels-Zeitung

Freitag, 22. Juni 1923

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Nr. 292

Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin.

Blutige Unruhen in Agram Vier Personen getötet, über vierzig schwer verletzt

(Telegramm unseres Korrespondenten)

WIEN, 22. Juni.

Um 1 Uhr mittags wurde telephonisch aus Belgrad berichtet, dass in ganz Südslawien Ruhe herrscht. Man berichtet aber, dass es bei dem Leichenbegängnis der Opfer Agram zu neuen Unruhen kommen wird. Erste Zusammenstöße haben sich bereits in der verlassenen Stadt in Agram abgespielt. Im Café Corso, wo sich die Unruhen versammelten, wurde musiziert und getanzt, während alle anderen öffentlichen Lokale in Agram zum Zeichen der Trauer wegen der Ermordung Paul Raditschs geschlossen waren. Eine grosse Menschenmenge drang in das Café ein und verjagte die Gäste. Die gesamte Einrichtung, Tische und Stühle, wurden auf die Strasse geworfen. Fensterscheiben wurden eingeschlagen

und auf der Strasse vor dem Café Barrikaden errichtet. Dann eröffneten die Demonstranten ein Steinbombardement auf die Polizisten. Die Polizei feuerte auf die Menge. Vier Personen wurden getötet, mehr als vierzig mehr oder minder schwer verletzt. Vor Schreck stob die Menge auseinander. Erreger war aber gestiegen, und in verschiedenen Teilen der Stadt kam es zu Zusammenrottungen und zum Bau von Barrikaden. Abermals gab die Polizei scharfe Schüsse ab. Die Kundgebungen dauerten bis Mitternacht an. Dann trat Ruhe ein. Man befürchtet neue Demonstrationen, falls Stefan Raditsch seinen Verletzungen erliegen sollte. Der letzte ärztliche Bericht über sein Befinden lautet etwas besser; aber man weiss, dass sein Zustand sehr ernst ist.

Grosse Koalition gescheitert.

Bevorstehender Besuch Müllers beim Reichspräsidenten.

Die Entscheidung über das Schicksal der Grossen Koalition ist im Laufe des heutigen Vormittags gefallen. Sie ist nicht in dem gestern noch allgemein erwarteten positiven Sinne. Die Fraktionssitzung der Deutschen Volkspartei, die heute früh 10 Uhr begann und sich bis nahezu 1 Uhr hinauszog, so dass die auf 12 Uhr anberaumte Konferenz der Parteiführer um eine Stunde verschoben werden musste, endete mit dem Ergebnis, dass die Deutsche Volkspartei an ihren bisherigen Forderungen in der Frage des Anzweckens, des Nationalfeiertags und der Preussensession strikte festhält. Vor allem besteht sie darauf, dass die Koalitionserweiterung in Preussen durch Erklärungen der massgebenden Parteiführer jetzt sofort gebietet und bereits im Laufe des Monats in die Tat umgesetzt wird. Mit diesen Beschlüssen kam Herr Dr. Scholz die Konferenz der Parteiführer.

Angesichts dieser unerwarteten Intransigenz der Volkspartei nahmen die Verhandlungen keine lange Zeit Anspruch. Von sozialdemokratischer Seite war erklärt worden, dass man in der Steuerfrage zu einem Entgegenkommen bereit sei und die Prüfung des Problems der Erbschaftsteuer im Rahmen der gesamten Steuerreform zu lösen geneigt sei.

Die Unnachgiebigkeit, mit der die Volkspartei aber auch ihren drei Forderungen bestand, liess weitere Verhandlungen über die Bildung der Grossen Koalition aussichtslos erscheinen und die Konferenz ging auseinander, ohne einen neuen Zusammentritt ins Auge zu fassen.

Natüremässig tritt jetzt die Frage der Regierungsbildung auf der Grundlage der Weimarer Koalition

wieder in den Vordergrund. Hermann Müller hat die dafür in Betracht kommenden Parteien gebeten, zu dieser Möglichkeit alsbald Stellung zu nehmen. Um 4 Uhr nachmittags tritt die Zentrumsfraktion, um 5 Uhr die demokratische Fraktion zusammen. In demokratischen Kreisen herrscht die Meinung vor, dass man jedenfalls Verhandlungen über die Weimarer Koalition nicht ablehnen könne.

Da indessen zur Schaffung einer tragfähigen Mehrheit zum mindesten die Mitarbeit der Bayerischen Volkspartei notwendig und unentbehrlich wäre, müssen die Aussichten der Weimarer Koalition skeptisch beurteilt werden. So ist also schwerlich zu erwarten, dass im Laufe des heutigen Nachmittags eine positive Entscheidung zugunsten der Weimarer Koalition fallen wird, zumal auch vom Zentrum bekannt ist, dass es wenig Zutrauen zu einer Regierungsbildung auf dieser Basis hat. Dass die Grosse Koalition, zum mindesten vorläufig, gescheitert ist, ist ausschliesslich die Schuld der Deutschen Volkspartei, die mit ihrem Festhalten an unmöglichen Forderungen jede Aussicht auf erfolgreiche Verhandlungen zerstört hat.

Von Zentrumsseite wird in den ersten Nachmittagsstunden erklärt, dass heute noch mit keiner endgültigen Entscheidung über die Stellungnahme zur Weimarer Koalition zu rechnen sei, da die Mitglieder der Bayerischen Volkspartei heute nicht in genügender Zahl in Berlin anwesend seien. Wenn das Zentrum heute noch zu keiner Entscheidung kommt, wird auch Hermann Müller seinen Besuch beim Reichspräsidenten noch verschieben müssen, den er natürlich erst machen wollte, wenn er von den für die Weimarer Koalition in Betracht kommenden Parteien eine endgültige Antwort erhalten hat.

Zweierlei Praxis.

Wenden und Sudetendeutsche.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

PRAG, 22. Juni.

In der gestrigen Sitzung der Kammer wandte sich der deutsche Abgeordnete Knirsch gegen die Unterdrückung der sudetendeutschen Presse und dagegen, dass der Kampf der Sudetendeutschen um das Selbstbestimmungsrecht mit Polizeigewalt verbunden werde, während die Tschechen die Forderung nach Autonomie für die Wenden im Deutschen Reich ungehindert neben können. Der Abgeordnete führte u. a. aus: „Die Wenden sind eine Minderheit von nur 120 000 Köpfen, selbst die tschechische Statistik stellt nur 250 000 Seelen fest. Diese Minderheit ist so klein, dass sie nicht einmal zu einem territorialen Verwaltungssprengel zusammengefasst werden kann.“

Die Wenden sind unbehindert im Gebrauch ihrer Sprache. Das sächsische Schulgesetz sieht eine rein wendische Volksschule vor, und eine Betreuung vom Sprachunterricht kann durch das Verlangen der Eltern erfolgen.“ Der Redner zitierte Äusserungen eines französischen Geistlichen, der die Verhältnisse der Wenden studiert und geäußert hat, dass die sächsische Landesregierung in jeder Hinsicht den Wünschen der Wenden Rechnung trage. Der französische Gewährsmann habe zugegeben, dass die Wenden ganz zufrieden seien, wenn nicht eine künstliche Bewegung unter ihnen entfacht würde.

* Inkrafttreten des deutsch-griechischen Handelsvertrages. Durch Notenwechsel vom 20. Juni ist mit der griechischen Regierung auf Grund des Schlussprotokolls zu Artikel 28 des am 24. März 1923 unterzeichneten deutsch-griechischen Handels- und Schiffsverkehrsvertrages das vorläufige Inkrafttreten dieses Vertrages für den 1. Juli d. J. vereinbart worden.

Was war Hatvanys Verbrechen?

Von

Rudolf Olden.

Graf Michael Karolyi ist noch vom Kaiser und König Karl zum ungarischen Ministerpräsidenten ernannt worden. Er wurde zum Präsidenten der Volksrepublik, als es sich zeigte, dass die Doppel-Monarchie hoffnungslos verloren war. Wie unberechtigt das Vertrauen war, das er und seine Parteigänger auf Wilsons Prinzipien und auf die Sympathie der westlichen Demokratien setzten, zeigte sich zum erstenmal bei jener schrecklichen Begegnung mit dem „siegreichen“ General Franchet d'Espéray in Belgrad; an die Stelle von vierzehn Punkten nationaler und menschlicher Rechte war das Faustrecht des Eroberers getreten. Den zweiten Stoss, die Aufzwingung beengender Demarkationslinien durch einen militärischen Emissär der Entente überlebte die bürgerliche Republik nicht. Es kam der Spuk der Bela Kunschens Herrschaft mit der vergeblichen Hoffnung, eine glücklichere Aussenpolitik im Bündnis mit Russland zu treiben. Als er verflohen war, folgte eine kurze Episode der Konzentration aller Parteien, und endlich das Regime, das unter dem Namen des „Weissen Kurses“ bekannt geworden ist. Damals versuchten Politiker der Mitte — so müssen wir sie nach deutschen Begriffen nennen —, Demokraten und reformistische Sozialdemokraten einen Mittelpunkt der Konzentration in Wien zu bilden; der frühere sozialdemokratische Minister Garami und der frühere liberale Minister Lovasz gründeten dort die ungarische Zeitung „Jövő“ — „Die Zukunft“ —, für die auch der Schriftsteller Ludwig Hatvanys Artikel schrieb. Das war im Jahr 1921, als Ungarn von den Taten der „Détachements“, der ungarischen Ausgabe unserer Freikorps erschüttert wurde. Wegen vier von diesen Artikeln ist Hatvanys, als er im Dezember 1927 freiwillig in die Heimat zurückgekehrt war, zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt worden; die zweite Instanz hat drei der Artikel ausgeschieden und den Angeklagten insofern freigesprochen. Wegen eines einzigen, der am 28. Mai 1921 erschienen war, hat auch das Berufungsgericht einen Schuldspruch gefällt; auch dieses Urteil ist von unbegreiflicher Härte: vier Jahre Zuchthaus und Konfiskation eines beträchtlichen Vermögens. Inzwischen ist dieser Zeitungsartikel wieder hervorgeholt, übersetzt und in mehreren österreichischen Zeitungen veröffentlicht worden. Was kann man erwarten, dass er enthält? Ich will nicht davon sprechen, was man nach dem Urteil als seinen Inhalt vermuten müsste, denn es ist fast unvorstellbar, wie ein Verbrechen, das solche Strafe verdient, in einem Zeitungsbeitrag begangen sein soll. Aber man könnte fürchten, dass ein verbannter Oppositioneller in der Verbitterung der Emigration und in einer Periode der höchsten politischen Erhitzung böse, rohe, gefährliche Worte, verletzende, beleidigende, herabziehende Bezeichnungen der Machthaber, Verdammungen und Verfluchungen der heimischen Regierung, ja der Heimat selbst niedergeschrieben haben könnte. Wir Deutschen erinnern uns der Bitterkeiten, die Heine, Goethe, Nietzsche, Bismarck in dunklen Augenblicken über Vaterland und herrschendes Regime gesprochen haben. Und wie wir uns zu der Lektüre entschlossen, geht uns durch das Gedächtnis, welche Exzesse der Zerfleischung und Erniedrigung unser Land im Zeitungskampf der letzten zehn Jahre erdulden musste. Was also wird, was muss dieser zuchthauswürdige Zeitungsartikel enthalten?

Nach den Gesetzesbestimmungen, die für Hatvanys „Verbrechen“ gelten könnten, muss man gefasst sein auf Beleidigung des Staatsoberhauptes, auf Beschimpfung der ungarischen Nation und endlich auf landesverräterische Aufforderungen an fremde Mächte, gegen Ungarn vorzugehen. Und was von all dem bringt er? Man liest, einmal, zweimal, man überlegt und traut seinen Augen nicht, man kann von all dem, was hier zu lesen sein könnte, sein müsste, nichts finden; und so sehr man sucht, es ist kein Irrtum, man findet nichts, weil nichts vorhanden ist. Der Titel ist „Ungarischer Brief an die Ungarn“, geschrieben, wie es am Schluss heisst, „mit ungarischem Gefühl“, „aus ungarischer Bedrängnis“, „ein ungarisches Mahnwort, damit das Ungarum, sich rechtzeitig besinnend, nicht mit dem Kopf gegen die Wand renne“. Eine Mahnung zur Erfüllungspolitik, die, wie uns, von hier aus gesehen, scheint, inzwischen der Ministerpräsident Graf Bethlen eingeschlagen und unter Ueberwindung beträchtlicher Schwierigkeiten nicht ohne Erfolg durchgeführt hat. Zu „Illusionsfreier Politik“ wird gemahnt, auf das deutsche Beispiel verwiesen, von den „Erwachenden“, die unseren Hakenkreuzern gleichen, gesagt, dass sie „leeres Stroh dreschen“. Und mit welcher Begründung? „Der